



Drucksachen-Nr.

1192/2020-2025

Datum: 06.04.2021

**An den Bezirksbürgermeister als Vorsitzender der
Bezirksvertretung Brackwede**

Antrag

Aufnahme in die Tagesordnung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Bezirksvertretung Brackwede	15.04.2021	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

**Siedlungsticket für die Siedlung gemäß Bebauungsplan Nr. I/Q 25 "Wohngebiet Arminstraße / Haller-Willem-Patt" in Quelle
Antrag der SPD-Fraktion**

Beschlussvorschlag:

Die Bezirksvertretung Brackwede bittet die Verwaltung, für die Siedlung, die gemäß Bebauungsplan Nr. I/Q 25 "Wohngebiet Arminstraße / Haller-Willem-Patt" in Quelle entstehen soll, die Einführung und rechtliche Absicherung eines Siedlungstickets zu prüfen.

Begründung:

Eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre auf allen politischen Ebenen ist es, die aus dem Pariser Klimaabkommen abgeleiteten Klimaziele umzusetzen. Dies gilt insbesondere für den Verkehrsbereich, bei dem ab heute bis 2030 mindestens 40 % CO₂ eingespart werden müssen. Dazu müssen möglichst viele Autofahrten auf umweltfreundliche Verkehrsmittel verlagert werden, insbesondere auf den ÖPNV. Hierzu sind wirksame Maßnahmen zur Attraktivierung des ÖPNV notwendig.

Von den Maßnahmen, die in den letzten vier Dekaden zur Attraktivierung der ÖPNV-Tarife umgesetzt wurden, ist wohl die Einführung des Semestertickets - zunächst 1991 an der TU Darmstadt und dann sehr schnell an allen Hochschulen in Deutschland - die mit Abstand erfolgreichste. Die Studierenden nutzen inzwischen zu 60 bis 70 % regelmäßig den ÖPNV. Der Erfolg des Semestertickets beruht auf seinem attraktiven Preis, der dadurch ermöglicht wird, dass alle Studierenden das Ticket abnehmen müssen. Diese Art der solidarischen Finanzierung ist möglich, weil die Studierenden einer Hochschule eine Zwangskörperschaft bilden und mithin alle Studierenden zur Abnahme des Semestertickets verpflichtet werden können.

Die solidarische Finanzierung des Semestertickets steht Pate für die Idee des Siedlungstickets: Die Bewohner*innen einer definierten Siedlung werden vertraglich dazu verpflichtet, je Wohneinheit ein Siedlungsticket abzunehmen. Die Verpflichtung aller Bewohner zur Abnahme eines Siedlungstickets ermöglicht einen attraktiven Preis. Wie beim Semesterticket ist zu erwarten, dass die so erworbenen Siedlungstickets auch intensiv genutzt werden. Der Anteil der ÖPNV-Nutzung wird steigen, der Anteil der PKW-Nutzung wird sinken.

Die Idee des Siedlungstickets ist sehr viel leichter bei einer neuen Siedlung umzusetzen als bei einer Siedlung im Bestand. Wichtige Voraussetzung für die Umsetzung ist eine gute ÖPNV-Anbindung. Die ist hier durch den Haltepunkt "Quelle-Kupferheide" des Haller Willem und die beiden Buslinien 22 und 121 von moBiel sowie weitere Buslinien der BVO Busverkehr Ostwestfalen GmbH gegeben. Die Anbindung könnte gegebenenfalls noch durch eine Verlegung der Bushaltestelle "Albertstraße" verbessert werden. Im Hinblick auf die Takte und die Bedienungszeiten sind für den Haller Willem und die Buslinie 22 deutliche Angebotsverbesserungen zu erwarten. Die geplante Siedlung bietet sich auch deshalb für die Einführung eines Siedlungstickets an, weil mit circa 70 geplanten Wohneinheiten das finanzielle Risiko für die beteiligten Verkehrsunternehmen überschaubar ist.

Die Verpflichtung zur Abnahme eines Siedlungstickets je Wohneinheit muss vertraglich abgesichert werden. Dies kann bei Mietwohnungen durch eine Zusatzvereinbarung zum Mietvertrag erfolgen. Bei Eigentumswohnungen beziehungsweise Eigenheimen müsste dies über die Grundstückskaufverträge mit grundbuchlicher Absicherung geschehen. Diverse Detailfragen wie eine eventuelle Laufzeitbegrenzung beziehungsweise -verlängerung, eine Preisgleitklausel oder eine Rabattierung für den Erwerb eines zweiten Tickets in einem Haushalt müssen sachlich ausgehandelt und rechtlich geklärt werden.

Es ist zu wünschen, dass die Einführung eines Siedlungstickets in dem genannten Gebiet als Modell- oder Pilotprojekt begriffen wird. Es sollte sondiert werden, ob dafür Fördermittel eingeworben werden können.

In etlichen anderen Städten in Deutschland werden entsprechende Modelle diskutiert. Bielefeld könnte Vorreiter werden. Ein erfolgreiches Pilotprojekt würde schnell Nachahmungen finden, in Bielefeld und darüber hinaus.

Unterschrift:

gez. Peter Fietkau, Vorsitzender der SPD-Fraktion